

Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

03

2024

Veranstaltungen / Unternehmerreisen	3
04.04.2024 Digitale Stipp-Visite in Israel	3
09.04.2024 Digitaler Sprechtag Kanada	3
14.-17.04.2024 Delegationsreise nach Rumänien: Nearshoring, Automotive und IT	3
18.04.2024 Exportkontrolltag in Bremen	3
30.04.2024 Webinar: Geschäftschancen im Vereinigten Königreich	4
26.05.-01.06.2024 Delegationsreise nach China mit Ministerpräsident Weil	4
03.-06.06.2024 Delegationsreise nach Irland: Erneuerbare Energien	5
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	5
COMESA: Test des elektronischen Ursprungszeugnisses	5
Deutschland: Einfuhranmeldung von Postsendungen	5
Deutschland: Neues Meldeportal für A1-Bescheinigung	6
EU: Einreihungsentscheidung für Nisin und Luftreifen aus Kautschuk	6
EU: Fragen und Antworten zur Entwaldungsverordnung	6
EU: Nachweis der Unionscharakters von Waren	7
EU: Neue Leitlinien für die Kontrolle von Ausfuhren mit doppeltem Verwendungszweck	7
EU: Neue Russland-Sanktionen	7
EU: No-Russia-Klausel in Verträgen	7
EU: Pflanzenschutzkontrollen für Holzverpackungen aus Belarus, China und Indien	8
Kongo: Neues Konformitätsbewertungsverfahren	8
Südafrika: Änderungen bei Einfuhrabgaben	8
USA: Neue Sanktionen gegen Russland	9
Vereinigtes Königreich: CE-Kennzeichnung bleibt unbefristet gültig	9
Ländernotizen	10
Chile: Fortschritte beim Handelsabkommen mit der EU	10
China: Nachhaltigkeitsaspekt verändert Kooperation mit Deutschland	10
Finnland: Hohe Investitionen in Schienenprojekte	10
Israel: Krieg beeinträchtigt die Hafenvirtschaft	11
Israel: Rating-Agentur Moody's stuft Kreditwürdigkeit herab	11
Marokko: Ausbau der Luft- und Raumfahrtindustrie	11
Niederlande: Kaufkraft soll 2024 stark ansteigen	11
Niederlande: Zuwachs beim Export von Agrargütern	12
Polen: Expansion der Seehäfen	12
Saudi-Arabien: Privatisierung des Abwassersektors	13
Türkei: Restriktivere Geldpolitik zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise	13
USA: Ausbau der LNG-Transportinfrastruktur	13

Usbekistan: Investitionen in den Textilsektor.....	14
Veröffentlichungen	14
Infoseite zur erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) in Europa	14
Nachhaltigkeitsberichterstattung: Handlungshilfe "10 Schritte zur CSRD"	14
Verschiedenes	15
Förderprogramm ImpactConnect	15
Import Promotion Desk weitet sein Angebot aus.....	15
Impressum	16

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

04.04.2024 Digitale Stipp-Visite in Israel

In Zeiten, in denen persönliche Reisen erschwert sind, möchten wir interessierten Unternehmen dennoch die Möglichkeit bieten, sich mit den neuesten Entwicklungen in Israel vertraut zu machen und laden Sie ein zu unserer digitalen Stipp-Visite am 4. April von 10 bis 12 Uhr. Neben der Kurzvorstellung israelischer Start-ups, erhalten die Teilnehmer einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen in Israel und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

09.04.2024 Digitaler Sprechtag Kanada

Am 9. April bietet die IHK für Ostfriesland und Papenburg zusammen mit der Deutsch-Kanadischen Industrie- und Handelskammer (AHK) und IHKs in Niedersachsen interessierten Unternehmen individuelle Beratungsgespräche zu Vorhaben in Kanada an. Nadine Melcher, Department Manager Projects and Market Development bei der AHK in Toronto, informiert in 45-minütigen Einzelgesprächen über aktuelle Entwicklungen und Geschäftsperspektiven beim Markteinstieg oder -ausbau. Die Gespräche sind kostenfrei und finden online als Videokonferenz über MS Teams statt. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie [hier](#).

14.-17.04.2024 Delegationsreise nach Rumänien: Nearshoring, Automotive und IT

Die IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim und die IHK für Ostfriesland und Papenburg organisieren vom 15. bis zum 17. April eine Wirtschaftsdelegationsreise nach Rumänien. Besucht werden die Städte Sibiu und Timisoara in der Provinz Siebenbürgen. Die Reise soll insbesondere zu den Themen Nearshoring, Automotive und IT sowie Fachkräfte informieren und Chancen aufzeigen. Das Programm wird sowohl wirtschaftliche und politische Gespräche als auch Unternehmensbesuche beinhalten. Die Teilnehmer erhalten die Möglichkeit, unkompliziert einen Vor-Ort-Einblick in den rumänischen Markt zu bekommen und Kontakte zu knüpfen. Nahegelegen an den Grenzen zu Ungarn und Serbien, an die Autobahn A1 angeschlossen, mit internationalen Flughäfen und einem dichten Schienen- und Straßennetz, sind sowohl Sibiu als auch Timisoara wichtige Knotenpunkt für den internationalen Verkehr. Das wirtschaftliche Profil der Standorte ist geprägt durch zahlreiche Niederlassungen und Partner deutscher und österreichischer Unternehmen, unter anderem im Bereich der Automobil-, Metall- und Leichtindustrie. Ein weiterer Hauptzweig ist der IT-Sektor, der sich durch eine lebendige Start-up-Szene auszeichnet. Kurzum: Es lohnt sich eine nähere Betrachtung. Weitere Informationen zu der Reise, dem geplanten Reiseverlauf und die Möglichkeit zur Abgabe einer Interessenbekundung finden Sie [hier](#).

18.04.2024 Exportkontrolltag in Bremen

Am 18. April findet im Bremer Weserstadion der 3. Bremer Exportkontroll-Tag statt. Die Handelskammer Bremen - IHK für Bremen und Bremerhaven lädt interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer herzlich dazu ein, kostenfrei an diesem Informationstag teilzunehmen. Ziel dieser Veranstaltung ist es, die Teilnehmer

kontinuierlich über den aktuellen Stand der Exportkontrollvorschriften zu informieren und einen Ausblick auf zu erwartende Entwicklungen zu bieten. Besonderes Augenmerk liegt auf dem sensiblen Themenkomplex "Exportkontrolle & Sanktionen". Durch Fachvorträge und Diskussionen sollen die Sensibilität für diese Thematik geschärft und die Bedeutung fundierten Fachwissens betont werden. Der 3. Bremer Exportkontroll-Tag startet mit einem Impulsvortrag von Georg Pietsch, Leiter der Abteilung 2 beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Anschließend werden führende Experten aus der Industrie und Rechtsberatung sowie Vertreter von Unternehmen wie der Schaeffler AG und Sartorius über aktuelle Vorschriften, Auswirkungen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auf internationale Sanktionsregime sowie die zukünftige Ausrichtung der Exportkontrolle referieren. Die Veranstaltung ist für Sie kostenfrei, allerdings wird um vorherige Anmeldung gebeten, diese können Sie [hier](#) vornehmen.

30.04.2024 Webinar: Geschäftschancen im Vereinigten Königreich

Großbritannien bleibt als fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt mit über 68 Millionen Konsumenten ein interessanter Absatzmarkt, auch wenn seit dem Brexit die Rahmenbedingungen komplizierter geworden sind. Die Talsohle im deutsch-britischen Handel wurde 2023 durchschritten. Der bilaterale Handel legte nominal 0,9 Prozent zu, was deutlich mehr als mit fast allen anderen Top 10-Ländern ist. Im Rahmen des Webinars der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer (AHK) und der IHK Halle-Dessau am 30. April von 10 bis 11:30 Uhr werden die Geschäftsaussichten in einzelnen Branchen und Möglichkeiten eines erfolgreichen Markteinstiegs vorgestellt. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie [hier](#).

26.05.-01.06.2024 Delegationsreise nach China mit Ministerpräsident Weil

Vom 26. Mai bis zum 1. Juni wird der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil mit einer Wirtschaftsdelegation China besuchen. Stationen der Reise werden Shanghai und die Partnerprovinz Anhui sein. Die Delegationsreise erfolgt auf Einladung der Provinz Anhui anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Partnerschaft zwischen Niedersachsen und Anhui. Schwerpunktthemen der Partnerschaft sind Hochschulzusammenarbeit, berufliche Bildung, (Automobil-)Wirtschaft sowie Umwelttechnologie. Die Provinz Anhui verfolgt seit Jahren ehrgeizige Ziele, sich als automobiles Zentrum in China zu etablieren. Auch Volkswagen erhält bei seinen Aktivitäten bisher große Unterstützung durch die Provinz Anhui und die Stadt Hefei. Neben dem Aufenthalt und Jubiläumsfeierlichkeiten in Hefei ist mit Shanghai eine weitere Station im Rahmen der Delegationsreise geplant. Als bedeutendste Industriestadt der Volksrepublik China und eine der größten Städte der Welt, stellt Shanghai insbesondere für die mitreisende Wirtschaftsdelegation ein interessantes Ziel dar. Mit ihren internationalen Flughäfen und durch ihre Eigenschaft als Eisenbahn-Knotenpunkt, verfügt die Stadt zudem über eine hervorragende Anbindung, sowohl nach Anhui als auch für die An- und Abreise von/nach Deutschland. Grundsätzlich relevante Themen der Reise sind die Automobilwirtschaft, Umwelttechnologien sowie die berufliche Bildung. Das Programm wird vorrangig zu diesen Themen wirtschaftliche und politische Gespräche, Netzwerkveranstaltungen sowie Unternehmensbesuche vorsehen. Weitere Informationen zu der Reise, der Reiseverlauf und eine Anmeldemöglichkeit sind [hier](#) hinterlegt.

03.-06.06.2024 Delegationsreise nach Irland: Erneuerbare Energien

Irland ist bekannt für alte Burgen, saftige Weiden und raues Wetter. Letzteres beschert der „Grünen Insel“ ein immenses Potenzial an außerordentlich zuverlässiger Windkraft. Und tatsächlich ist sie die größte Quelle Erneuerbarer Energie: 2020 bezog die Republik Irland mehr als 30 Prozent ihres Stroms aus Windrädern. Infolgedessen hat das Land auch großes Potential für die Erzeugung von Wasserstoff und den Export in andere Länder der Europäischen Union. Um die Möglichkeiten in diesen Bereichen näher zu beleuchten und Geschäftschancen in Irland auszuloten, bietet die IHK Stade im Verbund mit den anderen IHKs in Niedersachsen und unter Beteiligung des Staatssekretärs Frank Doods vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, vom 3. bis zum 6. Juni 2024 eine Delegationsreise an. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der IHK Stade](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

COMESA: Test des elektronischen Ursprungszeugnisses

(GTAI) – Drei Staaten des Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika (Common Market for Eastern and Southern Africa, COMESA), nämlich Eswatini, Malawi und Sambia, werden das elektronische Ursprungszeugnis testen. Das elektronische COMESA-Ursprungszeugnis (electronic Certificate of Origin/e-CoO) wird das manuelle COMESA-Ursprungszeugnis, welches von der Behörde im Ursprungsland der Ware ausgestellt wird, ersetzen. Die Antragstellung, das Genehmigungsverfahren sowie die Ausstellung des Zeugnisses erfolgen sodann über ein elektronisches System. Auch wenn diese Entscheidung bereits 2014 getroffen wurde, starten die ersten drei COMESA-Mitgliedstaaten erst im Jahr 2024 mit einem Pilotprojekt. Eswatini, Malawi und Sambia haben ihre nationalen Systeme angepasst und mit dem e-CoO von COMESA verbunden, sodass die erste Phase des Pilotprojekts in Kürze beginnen kann. Das e-CoO ist ein wesentlicher Bestandteil des Plans für die Digitalisierung der Freihandelszone. Neben der Einführung eines e-CoO streben die Mitglieder weitere digitale Plattformen an, um den intraregionalen Handel zu erleichtern. Ob weitere COMESA-Mitglieder das System testen werden, ist noch nicht bekannt. Im Juni 2020 bekundeten zwölf weitere Mitglieder ihre Bereitschaft, das System zu testen. Hierzu zählten damals neben Eswatini, Malawi und Sambia die folgenden Länder: Burundi, DR Kongo, Ägypten, Äthiopien, Kenia, Madagaskar, Mauritius, Ruanda, Seychellen, Sudan, Tunesien und Simbabwe.

Deutschland: Einfuhranmeldung von Postsendungen

(GZD) - Die Generalzolldirektion (GZD) teilt in einem Schreiben vom 9. Februar 2024 Folgendes mit: Ab dem 1. April 2024 wird die Nutzung der Internetzollanmeldung für Post- und Kuriersendungen (IPK) für gewerbliche Anmelder verpflichtend.

Mit dieser Änderung werden die EU-Vorgaben zur Digitalisierung bei Zollanmeldungen realisiert. Die Änderungen betreffen Wirtschaftsbeteiligte, die nicht am ATLAS-Verfahren teilnehmen oder einen

Dienstleister beauftragen. Die IPK wird mit der neuen Fachanwendung ATLAS-IMPOST umgesetzt. Ab dem 1. April 2024 ist die Abgabe von mündlichen Zollanmeldungen für Postsendungen bis 150 Euro damit nicht mehr zulässig. Weitere Informationen finden Sie auf der Zoll-Webseite unter [ATLAS-IMPOST](#) und [IPK](#).

Deutschland: Neues Meldeportal für A1-Bescheinigung

(Deutsche Rentenversicherung) - Wer nur vorübergehend im europäischen Ausland arbeitet, aber dort weiter dem deutschen Sozialversicherungsrecht unterliegt, muss das anzuwendende Recht durch eine A1-Bescheinigung nachweisen können. Für die Beantragung der Bescheinigung muss seit dem 1. März 2024 das neue [SV-Meldeportal](#) genutzt werden. Ausführliche Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

EU: Einreihungsentscheidung für Nisin und Luftreifen aus Kautschuk

(GTAI) – Die Europäische Union hat zwei neue Einreihungsentscheidungen veröffentlicht: Eine Zubereitung aus Nisin, einem polyzyklischen Peptid, das mit Natriumchlorid vermischt ist und als Lebensmittelzusatzstoff zur Verhinderung des Bakterienwachstums verwendet wird, wird unter dem KN-Code 3824 99 96 in die Kombinierte Nomenklatur eingereiht. Neue Luftreifen aus Kautschuk mit spezifischen Merkmalen wie Größe, Bauart, Reifenbreite, Felgendurchmesser, Tragfähigkeitskennzahl und Geschwindigkeitsindex werden unter dem KN-Code 4011 20 10 in die Kombinierte Nomenklatur eingereiht. Diese Reifen werden in der Regel für Anhänger verwendet, können aber auch für Omnibusse oder Kraftfahrzeuge für den Warentransport genutzt werden.

EU: Fragen und Antworten zur Entwaldungsverordnung

(EU) - Um die Wälder und die biologische Vielfalt weltweit zu schützen, hat die Europäische Union die Entwaldungsverordnung (EUDR) auf den Weg gebracht. Die EUDR ist am 29. Juli 2023 in Kraft getreten. Die EU gewährt eine Übergangsfrist von 18 Monaten – für kleinere Unternehmen 24 Monate. Ab dem 30. Dezember 2024 muss die EUDR angewendet werden. Die EU hat vor kurzem einen [FAQ-Katalog](#) veröffentlicht, um die Unternehmen bei der Umsetzung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten im Handel mit Soja, Ölpalmen, Rindern, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz sowie daraus hergestellten Erzeugnissen zu unterstützen. Denn Rohstoffe und Produkte dürfen nur in Verkehr gebracht, auf dem Markt bereitgestellt oder exportiert werden, wenn sie ohne Entwaldung und Waldschädigung erzeugt wurden.

Die aktualisierten FAQs der Europäischen Kommission informieren unter anderem über die konkreten Compliance-Verpflichtungen, die auf Unternehmen zukommen. Darüber hinaus werden der genaue zeitliche Ablauf der Entwaldungsverordnung sowie der Umfang der unter die Verordnung fallenden Produkte erläutert. Der Katalog mit häufig gestellten Fragen wurde im Dezember 2023 von der Europäischen Kommission aktualisiert. Konkrete Durchführungsrechtsakte zur Verordnung werden im Laufe des Jahres erwartet. Diese enthalten Angaben zu einem dreistufigen Länder-Benchmarking-System, das bei der Risikobewertung zu berücksichtigen ist. Marktteilnehmer, die Rohstoffe oder relevante Produkte ausschließlich aus als risikoarm eingestuften Gebieten beziehen, unterliegen vereinfachten Sorgfaltspflichten.

EU: Nachweis der Unionscharakters von Waren

(GZD) – Seit dem 1. März 2024 werden die Statusnachweise T2L und T2LF für Wirtschaftsbeteiligte ausschließlich elektronisch über das System PoUS ausgestellt und bei der Gestellung nach Wiederverbringung in das Zollgebiet der Union verwendet. Die Umstellung erfolgt sowohl für das Normalverfahren als auch für das vereinfachte Verfahren unter Inanspruchnahme der Bewilligung eines zugelassenen Ausstellers. In einer zweiten Phase, die nach derzeitigem Planungsstand am 15. August 2025 beginnt, wird die Ausstellung des Warenmanifests (Art. 206 UZK-IA) im System hinzukommen und die Regelungen über den Statusnachweis in Form des Manifests der Schifffahrtsgesellschaft gem. Art. 199 (2) UZK-IA ablösen. Reisenden, die keine Wirtschaftsbeteiligte sind, ist es freigestellt, den Nachweis der Unionswareneigenschaft im System unter Zuhilfenahme eines Zollvertreters zu beantragen oder ein Papierformular zu verwenden. In Deutschland steht hierfür das Formular "0331 Nachweis des zollrechtlichen Status von Unionswaren (Reiseverkehr) - Staterfassungspapier" zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie auf der [Zoll-Website](#).

EU: Neue Leitlinien für die Kontrolle von Ausfuhren mit doppeltem Verwendungszweck

(EU) - Am 17. Januar 2024 hat die EU-Kommission neue Leitlinien für die Kontrolle von Ausfuhren mit doppeltem Verwendungszweck veröffentlicht. Ziel ist es, die Transparenz durch einen verstärkten Informationsaustausch über die Genehmigungsentscheidungen der Mitgliedstaaten im Bereich der Ausfuhrkontrolle zu erhöhen. Die Leitlinien wurden mit den Sachverständigen der Mitgliedstaaten vereinbart und legen das Verfahren für die Erhebung von Genehmigungsdaten durch die Europäische Kommission und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Einzelnen fest. Zu den Leitlinien gelangen Sie [hier](#).

EU: Neue Russland-Sanktionen

(EU) - Angesichts des zweiten Jahrestages des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, hat die Europäische Union ein 13. Sanktionspaket gegen Russland beschlossen. Es beinhaltet weitere Einschränkungen des russischen Zugangs zu Militärtechnologie, z. B. zu Drohnen. Außerdem wurden weitere Unternehmen und Personen, die sich an den russischen Kriegsanstrengungen beteiligen, auf die Sanktionsliste aufgenommen. Damit umfasst die Liste nun mehr als 2.000 Unternehmen und Personen. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der Europäischen Kommission](#).

EU: No-Russia-Klausel in Verträgen

(EU) – In ihrem 12. Sanktionspaket gegen Russland hatte die Europäische Union erstmalig die sogenannte No-Russia-Klausel eingeführt. Diese gilt für Verkäufer bestimmter Güter ab dem 20. März 2024. Konkret werden Unternehmen verpflichtet, in ihren Verträgen über den Verkauf, die Lieferung, die Verbringung oder die Ausfuhr von Gütern und Technologien in Drittländer eine Klausel aufzunehmen, die die Wiederausfuhr nach Russland und die Wiederausfuhr zur Verwendung in Russland vertraglich untersagt. Hierdurch soll die Sanktionsumgehung über Drittländer unterbunden werden, da zwar viele Unternehmen keine direkten Verkäufe nach Russland tätigen, über Umwege ihre Güter aber trotzdem nach Russland gelangen. Informationen zum Umgang mit dieser Klausel hat die IHK Düsseldorf auf ihrer [Website](#) zusammengestellt.

Die EU-Kommission hat FAQs und eine Musterklausel zur No-Russia-Klausel [hier](#) zum Download hinterlegt.

EU: Pflanzenschutzkontrollen für Holzverpackungen aus Belarus, China und Indien

(GTAI) – Die Einfuhr von Holzverpackungen aus Belarus, China und Indien unterliegt besonderen Pflanzenschutzkontrollen. Aufgrund von Defiziten bei der korrekten Kennzeichnung und der Gefahr der Einschleppung von Schädlingen bleiben die zusätzlichen Anforderungen für China und Belarus bestehen. Bestimmte Warengruppen in Holzverpackungsmaterial oder auf Holzpaletten aus diesen Ländern werden weiterhin speziellen Pflanzengesundheitskontrollen unterzogen, die mindestens 15 Prozent der Einfuhren umfassen. Eine Liste der betroffenen Waren findet sich im [Anhang I der Durchführungsverordnung. Holzverpackungsmaterial](#), das den Ausnahmen nach dem Internationalen Standard für pflanzengesundheitliche Maßnahmen Nr. 15 (ISPM 15) entspricht, ist von der Verordnung ausgenommen. Diese Durchführungsverordnung ist bis 31. Dezember 2026 gültig.

Kongo: Neues Konformitätsbewertungsverfahren

(GTAI) – Seit dem 1. Februar 2024 erfordert die Republik Kongo für die Zollabfertigung aller betroffenen Waren ein PCEC-Zertifikat, das eine Vorversandkontrolle mit Konformitätsprüfung voraussetzt. Diese Anforderung wird durch das sogenannte PCEC-Konformitätsbewertungsprogramm (Programme Congolais d'Evaluation de la Conformité) umgesetzt, das von der kongolesischen Agentur für Standardisierung und Qualität (ACONOQ) verwaltet wird. Das PCEC-Zertifikat wird ab dem 1. Februar 2024 benötigt und ist entscheidend für die Zollabfertigung, wobei das Datum des Konnossements maßgeblich ist. Die Regelung betrifft alle regulierten Waren mit einem FOB-Wert von 1.000.000 CFA-Franc (FCFA) oder mehr, für die eine obligatorische Konformitätsbescheinigung (COC) erforderlich ist. Diese Bescheinigung wird von den Prüfgesellschaften Cotecna und Bureau Veritas ausgestellt, die Partner von ACONOQ sind und berechtigt sind, die Prüfungen vorzunehmen. Die Waren müssen vor der Ausfuhr von diesen Gesellschaften überprüft werden, und sofern die Konformität gegeben ist, wird eine COC gemäß dem kongolesischen Konformitätsbewertungsprogramm (PCEC) ausgestellt. Die Konformitätsbescheinigung muss bei der Ankunft der Ware im Kongo für die Zollabfertigung vorliegen. Die Gebühren für die Prüfung variieren je nach Zertifizierungsweg (Route A, B oder C) und sind bei den Prüfgesellschaften zu erfragen

Südafrika: Änderungen bei Einfuhrabgaben

(GTAI) – Die südafrikanische Regierung erhöht die Verbrauchsteuer auf Alkohol und Nikotinprodukte sowie einige Umweltabgaben.

CO₂-Steuer: Mit Wirkung zum 1. Januar 2024 wurde die CO₂-Steuer auf Treibhausgasemissionen von 159 Rand (R) auf 190R pro Tonne Kohlendioxidäquivalent der Treibhausgasemissionen eines Steuerpflichtigen erhöht.

Kraftstoffabgabe: Einhergehend mit der Erhöhung der CO₂-Steuer auf Treibhausgasemissionen werden die Kraftstoffabgaben zum 3. April 2024 um 1 Cent/Liter (c/l) von 10c/l auf 11c/l für Benzin und um 3 Cent/Liter (c/l) von 11c/l auf 14c/l für Diesel erhöht.

Umweltabgabe auf Plastiktaschen: Mit Wirkung zum 1. April 2024 wird die Abgabe auf Plastiktaschen von 28c/Stück auf 32c/Stück erhöht.

Verbrauchssteuer: Mit Wirkung zum 21. Februar 2024 wird die Verbrauchssteuer auf Alkohol und alkoholische Getränke um zwischen 6,7 und 7,2 Prozent erhöht. Beispielsweise erhöht sich die Verbrauchssteuer auf 340ml-Dosen Bier, alkoholische Fruchtgetränke oder Cider um 6,67 Prozent von 216.58R auf 231.02R. Ebenfalls mit Wirkung zum 21. Februar 2024 wird die Verbrauchssteuer auf Zigaretten und Zigarettentabak um 4,7 Prozent und auf Pfeifentabak und Zigarren um 8,2 Prozent erhöht. Beispielsweise erhöht sich die Verbrauchssteuer auf 50g Zigarettentabak um 4,7 Prozent von 23.38R auf 24.47R.

USA: Neue Sanktionen gegen Russland

(BIS) – Als Reaktion auf den Tod von Alexej Nawalny und den zweiten Jahrestag der russischen Invasion in die Ukraine haben die USA weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Das Bureau of Industry and Security (BIS) hat 93 weitere Unternehmen in die „Entity List“ aufgenommen und die Liste der sanktionierten Güter mit hoher Priorität aktualisiert. Diese Liste enthält Güter mit doppeltem Verwendungszweck und fortgeschrittener Technologie, die in russischen Militärsystemen verwendet werden. Darüber hinaus hat die US-Regierung einen Leitfaden für Unternehmen über die Risiken der Geschäftstätigkeit in der Russischen Föderation und den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Vereinigtes Königreich: CE-Kennzeichnung bleibt unbefristet gültig

(GTAI) – Das Vereinigte Königreich hat beschlossen, die Anerkennung der CE-Kennzeichnung auf drei weitere Verordnungen auszuweiten, wodurch die Kennzeichnung unbefristet in Großbritannien gültig bleibt. Diese Maßnahme gilt für bestimmte Produktgruppen und ermöglicht es Unternehmen, ihre CE-gekennzeichneten Produkte weiterhin auf dem britischen Markt zu vertreiben. Die Verordnungen umfassen Ökodesign, Explosivstoffe und die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS). Zusätzlich gewährt die britische Regierung mehr Flexibilität beim Labelling, indem das UKCA-Label auf verschiedene Arten angebracht werden kann. Es besteht auch die Möglichkeit, die Kontaktdaten des Importeurs auf unterschiedliche Weise anzugeben. Einige Produktgruppen sind von dieser unbefristeten Anerkennung ausgenommen und erfordern eine Umstellung auf das UKCA-Label. Dies betrifft beispielsweise Bauprodukte, Seilbahnen und unbemannte Flugsysteme. Für welche Produkte die Anerkennung gilt und für welche Produkte andere Regelungen gelten, finden Sie [hier](#).

Ländernotizen

Chile: Fortschritte beim Handelsabkommen mit der EU

(GTAI) – Der Handelsausschuss des Europäischen Parlaments hat dem fortgeschrittenen Rahmenabkommen zwischen der EU und Chile zugestimmt, das nun zur Ratifizierung vorgelegt werden kann. Dieses Abkommen, das Ende 2022 abgeschlossen wurde, umfasst politischen Dialog, Zusammenarbeit, Handel und Investitionen sowie ein Interims-Freihandelsabkommen. Das Interimsabkommen, das ohne Investitionsschutzbestimmungen gilt, tritt sofort nach der Ratifizierung durch das Europaparlament, den Rat und das Parlament von Chile in Kraft. Es vertieft die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen den Parteien und umfasst Maßnahmen wie Zollfreiheit für einen Großteil der EU-Exporte nach Chile, besseren Zugang zu Rohstoffen und Brennstoffen, sowie Erleichterungen für EU-Unternehmen bei der Dienstleistungserbringung in Chile. Es fördert auch die Gleichbehandlung von Investoren, verbessert die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen und stärkt die Themen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit und Innovationen.

China: Nachhaltigkeitsaspekt verändert Kooperation mit Deutschland

(GTAI) – Die deutsch-chinesischen Investitionen orientieren sich zunehmend an Nachhaltigkeitsaspekten, da sowohl Deutschland als auch China eine klimafreundlichere Produktion anstreben. Trotz geopolitischer Spannungen bleiben deutsche Unternehmen dem chinesischen Markt treu und planen sogar, ihre Investitionen vor Ort zu erhöhen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Großunternehmen wie Volkswagen, BMW, Daimler und BASF investieren Milliardenbeträge in China, wobei BASF beispielsweise ein Verbundprojekt in Zhanjiang plant, welches zur Dekarbonisierung beitragen soll. Chinesische Firmen ihrerseits investieren verstärkt in E-Mobilität, Batterieherstellung und Batterierecycling in Deutschland, um von europäischen Märkten zu profitieren und gleichzeitig den Klimazielen gerecht zu werden. Die Einführung von Nachhaltigkeitsgesetzen wie dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und dem Cross Border Adjustment Mechanism (CBAM) in der EU treibt diesen Trend weiter voran.

Finnland: Hohe Investitionen in Schienenprojekte

(GTAI) – Zukünftig wird Finnland Investitionen in Milliardenhöhe für das Schienennetz bereitstellen. Zu den Geldern aus dem Staatshaushalt kommt ein Sonderinvestitionsprogramm.

Finnland sollte zwischen 2025 und 2032 in Schienenprojekte mit einem Gesamtwert von rund 1,8 Milliarden Euro investieren. Das schlägt die Agentur für Verkehrsinfrastruktur des Landes vor. Davon entfallen rund 1,4 Milliarden Euro auf den Ausbau des Schienennetzes. Das Investitionsprogramm der Agentur listet die wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte des Landes auf, für die es noch keine Investitionsentscheidung gibt. Es wird jährlich überarbeitet. Über die Durchführung der Projekte entscheidet in Finnland das Parlament. Finanziert werden die Projekte aus dem Staatshaushalt.

Israel: Krieg beeinträchtigt die Hafenwirtschaft

(GTAI) – Der anhaltende Konflikt belastet Israels Hafenwirtschaft erheblich. Die Behinderungen der Handelsschifffahrt im Roten Meer durch jemenitische Huthi-Rebellen zwingen führende Reedereien, ihre Seerouten zu ändern. Dies führt zu einem starken Rückgang der Aktivitäten in Häfen wie Eilat, während Mittelmeerhäfen wie Ashdod und Haifa ebenfalls betroffen sind. Der Rückgang des Hub-Geschäfts verschärft die Situation zusätzlich. Die Prognosen eines schnellen Wachstums wurden bisher nicht erfüllt, und die Erholungsaussichten bleiben unklar. Die Störungen der Lieferketten führen zu höheren Frachtkosten im Fernosthandel, was zu Preissteigerungen auf dem Binnenmarkt und zur Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Industrie führt.

Israel: Rating-Agentur Moody's stuft Kreditwürdigkeit herab

(GTAI) – Die Kreditwürdigkeit Israels wurde erstmals in der Geschichte des Landes von der führenden Rating-Agentur Moody's herabgestuft – von A1 auf A2. Diese Entscheidung erfolgte aufgrund des Gaza-Konflikts und der daraus resultierenden politischen Instabilität. Obwohl Moody's die israelische Wirtschaft als diversifiziert und widerstandsfähig einschätzt, warnt sie vor politischen Risiken und einer potenziellen Eskalation der Konflikte. Die Herabstufung hat sowohl politische als auch wirtschaftliche Implikationen, wird jedoch nicht als unmittelbare Bedrohung für Israels Zahlungsfähigkeit angesehen.

Marokko: Ausbau der Luft- und Raumfahrtindustrie

(GTAI) – Die Luft- und Raumfahrtindustrie in Marokko erlebt einen signifikanten Aufschwung, wobei der jährliche Exportwert der Branche zwischen 2020 und 2023 von 1,3 Milliarden auf über zwei Milliarden Euro gestiegen ist. Marokko hat sich als exportorientierter Produktionsstandort für Teile und Komponenten sowie für die Wartung und Instandsetzung von Triebwerken etabliert. Die Regierung strebt eine Erhöhung der Wertschöpfung vor Ort durch ein "Best-Value"-Konzept an, das auch kostengünstige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten einschließt. Französische Unternehmen, angeführt von Safran und Airbus, spielen eine führende Rolle in der Entwicklung der Branche und haben in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen die lokale Wertschöpfung gesteigert. Trotz des starken französischen Einflusses gibt es auch Investoren aus anderen Ländern wie den USA, Kanada und Spanien, die einen Beitrag zur Branche leisten. Für deutsche Hersteller von Investitionsgütern eröffnen sich gute Absatzchancen in der marokkanischen Luft- und Raumfahrtindustrie, insbesondere im Bereich hochleistungsfähiger Maschinen und Anlagen sowie in der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie.

Niederlande: Kaufkraft soll 2024 stark ansteigen

(DNHK) – Wie die Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK) berichtet, soll die niederländische Kaufkraft 2024 stark ansteigen, um 2,7 Prozent. Ein Trend, der sich auch positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken wird. Das niederländische Centraal Planbureau (CPB), ein unabhängiges Forschungsinstitut der Wirtschaftspolitik, erklärt, dass die Kaufkraft 2024 so zunehmen wird, dass der Verlust, eingeleitet durch den

Krieg in der Ukraine und steigende Energiepreise, bis zum Jahresende fast überwunden sein wird. Darüber hinaus spricht es von einem Rückgang der Armut und einer sinkenden Inflation. Somit wäre dem jahrelangen Rückgang der Kaufkraft in den Niederlanden ein Ende gesetzt und gar eine Umkehr des Trends zu beobachten. Denn, die niederländische Kaufkraft befindet sich 2024 wieder im Aufwind. Während 2022 und 2023 das allgemeine Preisniveau kräftig anstieg, hinkten die Löhne deutlich hinterher. Zunächst verteuerten sich Energie, bald folgten weitere Konsumgüter. Das führte zu einem Kaufkraftschwund von drei Prozent. Nun aber rechnet das CPB mit einem Anstieg von 2,7 Prozent und mit einer Begrenzung der Inflation auf 2,9 Prozent. Ausschlaggebend dafür seien die Lohnerhöhungen, die in Tarifverträgen neu ausgehandelt wurden, in Kombination mit einer sinkenden Inflation. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Niederlande: Zuwachs beim Export von Agrargütern

(DNHK) – Im vergangenen Jahr 2023 exportierten die Niederlande Agrargüter im Wert von 123,8 Milliarden Euro – ein kleines Plus von 1,6 Prozent, das auf Preissteigerungen zurückzuführen ist. Nach Deutschland exportierten die Niederlande Agrarprodukte im Wert von knapp 30 Milliarden Euro. Somit liegt Deutschland als Abnehmer von beinahe einem Viertel der Erzeugnisse weiterhin deutlich an der Spitze als wichtigster Handelspartner der Niederlande im Agrarsektor.

Der Zuwachs des Gesamtexports der Agrarwirtschaft in den Niederlanden setzte sich 2023 fort – zum achten Mal in Folge. So berichtet es das Centraal Bureau voor Statistiek (CBS). Nach Schätzungen des CBS verdiente die niederländische Wirtschaft im Jahr 2023 durch den Export von Agrargütern 50,4 Milliarden Euro. 45,7 Milliarden Euro davon durch den Export inländischer Produkte, unter anderem nach Deutschland, dem traditionell wichtigsten Abnehmer von Agrargütern.

Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich in der Rangliste der gesamten Top 3 der niederländischen Agrarexporte keine Veränderung feststellen: Milchprodukte und Eier fallen auf Platz Eins, gefolgt von Produkten der Blumenzucht und Fleischprodukten. Ein außerordentlicher Zuwachs ist jedoch besonders bei Gemüse und Obst sichtbar. Der Exportwert von Gemüse stieg um etwa 12 Prozent, der von Obst um 11 Prozent und Obst- und Gemüsezubereitungen verzeichneten einen Anstieg um 14 Prozent. Dies ist teilweise auf gestiegene Preise aufgrund von Witterungsbedingungen, höheren Lagerungskosten und verstärktem Wettbewerb in der Landnutzung zurückzuführen. Unter den wichtigsten Ausfuhrländern niederländischer Agrarexporte reihen sich Belgien, Frankreich, das Vereinigten Königreich und Italien hinter Deutschland ein. Denn das niederländische Nachbarland importierte mit 29,6 Mrd. Euro 2023 beinahe doppelt so viel wie Belgien, dem zweit wichtigsten Partner. Das prozentuale Wachstum von Agrarexporten nach Deutschland wuchs 2023 um 1 Prozent und liegt somit weiterhin auf einem konstant hohen Niveau. Die Agrarexporte nach China gingen 2023 hingegen um 20 Prozent zurück. Spanien verzeichnete das größte prozentuale Wachstum von 12 Prozent.

Polen: Expansion der Seehäfen

(GTAI) – Die polnischen Seehäfen entlang der Ostseeküste erleben eine Phase der Expansion und erwarten weiterhin Zuwächse im Güterumschlag. Projekte zur Erweiterung der Kapazitäten konzentrieren sich auf

verschiedene Bereiche wie Brennstoffe, Offshore-Windparks, Container und Schüttgut. Dieser Expansionskurs wird sowohl durch das anhaltende Wachstum im internationalen Handel als auch durch Veränderungen in den Lieferketten infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine beeinflusst. Polnische Hafentreiber investieren in die Modernisierung und den Ausbau ihrer Infrastruktur, was auch deutschen Unternehmen Zulieferchancen bietet. Projekte wie der Bau von LNG-Terminals, Installationsterminals für Offshore-Windkraft und Containerterminals sind Teil dieser Entwicklungen. Darüber hinaus werden neue Agrarterminals geschaffen, um die steigende Nachfrage nach Agrargütern zu bedienen. Der Hafen Gdansk verzeichnet dabei das größte Wachstum im Güterumschlag und festigt seine Position als führender polnischer Seehafen.

Saudi-Arabien: Privatisierung des Abwassersektors

(GTAI) – Saudi-Arabien plant die Privatisierung des Abwassersektors, da eine deutliche Modernisierung und Erweiterung notwendig sind. Private Unternehmen sollen neue Klärwerke bauen und bestehende Anlagen modernisieren, um das Ziel einer Klärung von 95 bis 100 Prozent des Abwassers bis 2030 zu erreichen. Aktuell wird nur etwa die Hälfte des Abwassers im Königreich geklärt. Die Regierung plant daher den Bau neuer Klärwerke und die Erweiterung bestehender Anlagen. Es sind Projekte im Wert von rund 9 Milliarden US-Dollar im Bau oder in Planung. Private Investoren sollen verstärkt in den Ausbau des Abwassersektors einbezogen werden, wobei staatliche Organisationen häufig an den Projekten beteiligt sind. Die Saudi Water Partnerships Company (SWPC) vergibt Kläranlagenprojekte im Rahmen von privat-öffentlichen Partnerschaften (PPP). Bislang wurden zwei solcher Projekte fertiggestellt, während weitere in der Bauphase sind. Die National Water Company (NWC) ist der größte Betreiber von Kläranlagen und plant, bestehende Anlagen an private Betreiber zu vergeben. Diese sollen auch für die Modernisierung und Instandhaltung verantwortlich sein. Bislang wurden Verträge für die Modernisierung von vier Kläranlagen unterzeichnet.

Türkei: Restriktivere Geldpolitik zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise

(GTAI) – Die Türkei setzt auf eine restriktivere Geldpolitik, um wirtschaftliche Herausforderungen anzugehen. Nach einer Serie von Leitzinserhöhungen und einem Kurswechsel in der Finanzpolitik strebt das Land an, die Inflation zu bekämpfen und die Investitionen anzukurbeln. Allerdings bleiben die Auswirkungen dieser Maßnahmen abzuwarten, während neue Turbulenzen durch den Rücktritt der Zentralbank-Gouverneurin entstehen könnten. Trotz der schwachen Lira und hoher Inflation stagnieren die Exporte, während die steigenden Kosten die Haushalte belasten. Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich mit Finanzierungsproblemen konfrontiert und ausländische Investoren bleiben skeptisch. Die bevorstehenden Kommunalwahlen könnten weitere Unsicherheiten bringen, während Deutschland trotz der herausfordernden Bedingungen gute Geschäfte in der Türkei verzeichnet.

USA: Ausbau der LNG-Transportinfrastruktur

(GTAI) – Die USA und Mexiko planen den Ausbau ihrer LNG-Exportinfrastruktur, um der steigenden weltweiten Nachfrage nach Gas gerecht zu werden. Obwohl US-Präsident Joe Biden Exportgenehmigungen

gestoppt hat, sollen die Gasausfuhren dennoch deutlich steigen. In den USA werden Exportterminals am Golf von Mexiko errichtet, während in Mexiko neue Gasterminals geplant sind. US-Gas soll über Mexiko nach Asien und Europa geliefert werden, wobei mehrere große LNG-Projekte, wie das Saguario-Energía-Terminal, geplant sind. Trotz der vorübergehenden Unsicherheit in der Branche wird erwartet, dass die Gasausfuhren steigen und die USA weiterhin eine bedeutende Rolle im globalen LNG-Markt spielen werden.

Usbekistan: Investitionen in den Textilsektor

(GTAI) –Usbekistan plant bis 2030 Investitionen von mehr als 4 Milliarden US-Dollar in die Textil- und Bekleidungsindustrie, wobei die Hälfte für Technologieimporte vorgesehen ist. Ziel ist es, die Wertschöpfungsketten zu stärken und die Exporte zu erhöhen. Deutsche Banken spielen eine wichtige Rolle bei der Finanzierung. Die Strategie umfasst 340 Projekte, die auf die Verarbeitung von Baumwollgarn im Inland abzielen. Bis 2030 sollen die Produktion von synthetischen Fasern und hochwertigen Stoffen gesteigert sowie das Exportpotenzial auf 10 Milliarden US-Dollar erhöht werden, wobei Markenprodukte einen Schwerpunkt bilden. Die usbekische Textilbranche strebt nach internationalen Standards und Zertifikaten, um ihre Produkte zu verbessern und die Exportchancen zu erhöhen. Staatliche Fördermaßnahmen unterstützen Unternehmen dabei. Trotz positiver Entwicklungen stehen der Branche Herausforderungen bevor, darunter Markttransparenz, Überregulierung und ein Mangel an Fachkräften.

Veröffentlichungen

Infoseite zur erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) in Europa

"Was muss ich beachten, wenn ich verpackte Produkte ins europäische Ausland verkaufe? Und wie sieht es mit Batterien und Elektrogeräten aus? Wo muss ich was melden und registrieren?" Vor allem für Onlinehändler die ins Ausland verkaufen ist es nicht einfach, die umfassenden Verpflichtungen der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) zu kennen und die jeweiligen nationalen Regelungen einzuhalten. Eine [Infoseite auf dem Außenwirtschaftsportal Bayern](#) bietet einen praxisnahen Einstieg in die Thematik, erklärt die europäischen Richtlinien und Verordnungen und beantwortet grundlegende Fragen, die es beim Verkauf in EU-Länder zu beachten gilt.

Nachhaltigkeitsberichterstattung: Handlungshilfe "10 Schritte zur CSRD"

Mit dem Geschäftsjahr 2024 greifen erstmals die Vorgaben der neuen Europäischen Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) für alle Unternehmen, die bereits der CSR-Berichtspflicht unterlagen. Im nächsten Jahr gelten die neuen Vorgaben für alle großen Unternehmen. Eine neue Handlungshilfe "In 10 Schritten zur CSRD" der IHK München und des Bayerischen Landesamts für Umwelt soll Unternehmen bei der Umsetzung der neuen Vorgaben zu unterstützen und steht kostenfrei als [Download](#) zur Verfügung.

Verschiedenes

Förderprogramm ImpactConnect

Das Förderprogramm ImpactConnect unterstützt etablierte deutsche und europäische Unternehmen mit attraktiven Darlehen (i.d.R. unbesichert) bei ihren Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern. ImpactConnect wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und von der DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) umgesetzt. Seit dem Start des Programms im Jahr 2019 lag der Fokus auf Afrika. Aufgrund des großen Erfolgs (seit 2019 > 60 Finanzierungen) wurde das Programm nun global ausgeweitet und steht seit Beginn 2024 Tochtergesellschaften von etablierten deutschen Unternehmen in allen afrikanischen Ländern sowie den [BMZ-Partnerländern](#) in Amerika, Asien (ohne China) und Europa zur Verfügung. Unternehmen mit besonders starkem entwicklungspolitischem Mehrwert, insbesondere in den Bereichen bessere Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stärkung von Frauen, faire und umweltbewusste Lieferketten und die Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks werden mit Zinsreduktionen von bis zu 200 Basispunkten unterstützt. Diese und weitere Informationen finden Sie auf dieser [Website](#).

Import Promotion Desk weitet sein Angebot aus

Mit dem Start des Jahres 2024 hat das [Import Promotion Desk Programm](#) seinen Aktionsradius ausgeweitet und wird auch in Brasilien, Kambodscha, Senegal, Südafrika und Tansania tätig sein. In den neuen Partnerländern gibt es bereits mehrere Projekte der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder anderer Organisationen, mit denen das IPD zusammenarbeiten und Synergien nutzen kann. Das IPD ist in insgesamt 21 Ländern aktiv und unterstützt die Produktgruppen Obst und Gemüse, natürlich Zutaten, nachhaltige Holzprodukte, Schnittblumen sowie nachhaltiger Tourismus. Hinzu kommen in diesem Jahr Aquakultur und nachhaltige Fischprodukte sowie IT-Outsourcing.

Das IPD hilft kostenfrei beim Erschließen neuer Märkte und Destinationen und vermittelt beispielsweise Kontakte zu zuverlässigen und geprüften Lieferanten und Reiseveranstaltern. Kontinuierliche Suche nach neuen Geschäftspartnern und Produkten für Ihren Unternehmenserfolg.

Das vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Programm unterstützt aktuell bei der Erschließung von 21 Ländern in Afrika und betreibt Regionalbüros in Abidjan, Casablanca und Nairobi. Weitere Büros gibt es in Tashkent (Usbekistan) sowie Quito (Ecuador). Das IPD ist eine Initiative des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) e.V. und der sequa gmbH, der Entwicklungsorganisation der Deutschen Wirtschaft.

Impressum

Herausgeberin:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden:

www.ihk-empden.de/international

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

03 2024